



Dokumentation

**1. Frauen-Bürgerschaftssitzung
Hansestadt Lübeck 7. März 2013**

- Langfassung -

Hansestadt LÜBECK 

Frauenbüro

1. Frauen-Bürgerschaftssitzung Hansestadt Lübeck 7. März 2013

Impressum

Frauenbüro der Hansestadt Lübeck
Verwaltungszentrum Mühlentor
Sophienstraße 2-8
23560 Lübeck
Tel. 0451/122-1615
Fax 0451/122-1620
Email: frauenbuero@luebeck.de
www.frauenbuero.luebeck.de

Redaktion: Elke Sasse, Petra Schmittner
Fotos: Angelika Lieblinger www.lieblinger-fotodesign.de

Mit freundlicher Unterstützung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Familie
und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein (Förderung des Ehrenamtes).

Lübeck, im April 2013

1. Frauen-Bürgerschaftssitzung Hansestadt Lübeck 7. März 2013

Inhaltsverzeichnis

Grußworte	S. 4 / 5
Tagesordnung der 1. Frauen-Bürgerschaft	S. 6 / 7
Tagesordnungspunkte 1 – 10 Anträge, Begründungen und Abstimmungsergebnisse	S. 8 –30
Weitere am 7.3.2013 nicht behandelte Ideen / Anträge von Frauen und Mädchen	S. 31
Eindrücke und Rückmeldungen zur Frauen-Bürgerschaft	S. 32
Anregungen von Frauen und Mädchen zu Kommunalpolitik und der Beteiligung von Frauen für die Zukunft	S. 33
Die Frauen der Vorbereitungsgruppe zur Frauen-Bürgerschaft	S. 34
Wie geht es weiter?	S. 35

1. Frauen-Bürgerschaftssitzung Hansestadt Lübeck 7. März 2013



Liebe Lübeckerinnen!

Eine 1. Frauen-Bürgerschafts-Sitzung in Lübeck – gemeinsam mit dem Frauenbüro der Hansestadt Lübeck und mehr als 10 ehrenamtlichen Frauen, die von dieser Idee fasziniert waren, konnte diese Art der Veranstaltung aus Anlass des Internationalen Frauentages 2013 am 7. März im Lübecker Rathaus realisiert werden.

Anlass für diese Idee, die die Gleichstellungsbeauftragte Elke Sasse bereits Mitte 2012 an mich herantrug, ist die Kommunalwahl am 26. Mai diesen Jahres: Haben wir diesmal die Chance, mehr Vielfalt in die Kommunalpolitik zu bekommen durch einen größeren Frauenanteil in der Bürgerschaft?

Aktuell vertreten sind dort 60 LokalpolitikerInnen, 18 Frauen und 42 Männer, die Interessenvertretung der Lübeckerinnen und Lübecker – Frauen sind dort nur zu 30% beteiligt, obschon sie mehr als die Hälfte, nämlich 52% aller Lübecker Bürgerinnen und Bürger ausmachen.

Frauen engagieren sich jedoch gerade in Lübeck sehr vielfältig in unterschiedlichsten Ehrenämtern – in Schule, der Kindertagesbetreuung, Kirchen, Sozialverbänden – warum nicht auch zu einem größeren Anteil in der Kommunalpolitik? Muss sich hierfür das Politikverständnis der Parteien ändern oder das der Frauen?

Mit der 1. Frauen-Bürgerschafts-Sitzung, deren Leitung ich in meiner Funktion als Stadtpräsidentin gern übernommen habe, wollten wir allen Frauen eine Chance geben, sich direkter einzubringen.

Unsere Absicht, ganz unterschiedliche Frauen für kommunalpolitische Themen zu interessieren und sich aktiv einzubringen, wurde von Ihnen mit sehr großer Resonanz aufgenommen: die Vielzahl der Anträge und ihr großes Interesse durch aktive Teilnahme machten dies deutlich.

Ihrer aller hohe Professionalität, die sachorientierten Wortbeiträge der Sitzungsteilnehmerinnen und der würde- und respektvolle Umgang miteinander in der 1. Frauen-Bürgerschafts-Sitzung haben gezeigt: Frauen wollen und können Politik gestalten.

Bringen Sie auch weiterhin Ihre Ideen ein, engagieren Sie sich bei den Parteien – oder an vielfältigen anderen Gestaltungsmöglichkeiten.

Aber: Bleiben Sie dabei – für mehr Vielfalt in der Kommunalpolitik!

Ihre



Gabriele Schopenhauer
-Stadtpräsidentin der Hansestadt Lübeck-

1. Frauen-Bürgerschaftssitzung Hansestadt Lübeck 7. März 2013

Mehr Vielfalt in die Kommunalpolitik – Frauen sind dabei !



Liebe Leserinnen und Leser,

vor Ihnen liegt die Dokumentation der ersten Lübecker Frauen-Bürgerschaftssitzung - eine Idee, die bei uns im Frauenbüro Mitte 2012 entstand und die nur in Zusammenarbeit mit den Frauen der Vorbereitungsgruppe lebendig und umsetzbar wurde. Ein Experiment, das wir vergleichbar in keiner anderen Kommune haben recherchieren können – und auf das auch überregional mit großem Interesse geschaut wurde.

Frau Schopenhauer hat bereits unsere Hauptmotivation und –intention erläutert. Dass wir mit einer solch großen Anzahl von Anträgen (68) und mit einer so großen Zahl an Teilnehmerinnen (124 Frauen) bei der 1. Frauen-Bürgerschafts-Sitzung selbst rechnen konnten, hatten wir nicht erwartet!

Mit der vorliegenden Dokumentation wollen wir Ihnen allen die vielfältige Ideen- und Antragsammlung der Lübecker Bürgerinnen zur 1. Frauen-Bürgerschafts-Sitzung zur Verfügung stellen – und natürlich insbesondere auch die Ergebnisse der Anträge, die wir in der Sitzung zur Abstimmung bringen konnten.

Hier liegt Ihnen jetzt die Langfassung aller Anträge vor – eine Kurzfassung der Dokumentation gibt es auch in gedruckter Form. Beides finden Sie aber auch online unter www.frauenbuero.luebeck.de / Veranstaltungen / 7. März 2013 oder unter www.frauenbuero.luebeck.de / Veröffentlichungen / Fachpublikationen.

Zielsetzung ist, **Ihre** Ideen und Anträge in die Kommunalpolitik einfließen zu lassen – indem sie von den Fraktionen der Bürgerschaft aufgegriffen werden – und die Parteien und Fraktionen für die Anliegen der Frauen zu sensibilisieren – denn: Frauen entscheiden die Wahl!

Wir freuen uns darauf, gemeinsam mit Ihnen weiterhin frauenpolitische Themen in die Kommunalpolitik einzubringen – mit welchen ersten Ideen können Sie auf Seite 35 nachlesen!

Gestalten Sie mit, machen Sie die Lübecker Kommunalpolitik vielfältiger und mit deutlich frauenpolitischem Bewusstsein!

Ihre

Elke Sasse

-Gleichstellungsbeauftragte der Hansestadt Lübeck-

1. Frauen-Bürgerschaftssitzung Hansestadt Lübeck 7. März 2013

Tagesordnung

TOP	Thema	Antragstellerin(nen)
	B E G R Ü S S U N G	
1	Jugendarbeit	
1.1.	Raum / Zeit für Mädchen in Jugendzentren	Mädchen aus dem Jugendzentrum „Röhre“
1.2.	Mehr Personal für die Jugendarbeit	Mädchen aus dem Jugendzentrum „Röhre“
2	Integration / Inklusion	
2.1.	Barrierefreiheit	Frauen Kramp und Fuhr, mixed pickles e.V.
2.2.	Integrative Kinderbetreuung	AsF / Frau Dr. Östreich
2.3.	Bericht zur Inklusionspädagogik	Frau Kock
3	Unterstützung ehrenamtlicher Frauen-Ehrenamt	
3.1.	Mentoring für Frauen in der Kommunalpolitik	Frau Meins
3.2.	Schulung / Weiterbildung ehrenamtlich engagierter Frauen	Frau Behrendt
3.3.	Zentrale Stelle zur Vermittlung von Ehrenamt (ePunkt)	Frauen Weber-Spethmann und Förster
4	Frauen in den Gremien	
4.1.	Quotierte Redelisten in der Bürgerschaft	Frau Meins
4.2.	Ausschüsse und Aufsichtsräte paritätisch besetzen	Lübecker Frauen- und Sozialverbände / Frau Lietzke
4.3.	Geschlechterparitätische Besetzung	AsF / Frau Dr. Östreich
5	Kinderbetreuung und Schule	
5.1.	Kinderversorgung in Lübeck	Frau Zang
5.2.	Verbindliche Zusage über einen Krippenplatz	Lübecker Frauen- und Sozialverbände / Frau Lietzke
5.3.	Ausbau von Kita und Krippenplätzen	Frauen Hildebrand, Feix, Wolter, Gerstorff, Wind-Olßen
5.4.	Qualifizierte Ganztagsangebote in Lübecker Förderzentren	AsF / Frau Dr. Östreich
5.5.	Sanierung von Schulen	Frauen Hildebrand, Feix, Wolter, Gerstorff, Wind-Olßen
6	Sicherheit von Frauen - Gewalt gegen Frauen	
6.1.	Bessere Straßenbeleuchtung in der Nacht	Mädchen aus dem Jugendzentrum „Röhre“
6.2.	Kunstwerk als Symbol zur Ächtung von Gewalt gegen Frauen	Frauen helfen Frauen e.V.

1. Frauen-Bürgerschaftssitzung Hansestadt Lübeck 7. März 2013

6.3.	Frauenhäuser Lübeck	AsF / Frau Dr. Östreich
6.4.	Verbesserung der Situation in den Lübecker Frauenhäusern	Frauen helfen Frauen e.V.
6.5.	Mehr Frauenparkplätze	Frau Zang
6.6.	Landesgelder – auch für uns in Lübeck	Frau Gottschalk
6.7.	Beteiligung an der Kampagne „Kein Raum für Missbrauch“	Frauennotruf Lübeck, Frau Strutz-Hauch
7	Frauenenerwerbsarbeit	
7.1.	Keine Zeitarbeit und Minijobs in der Stadtverwaltung und den Gesellschaften	Lübecker Frauen- und Sozialverbände / Frau Lietzke
7.2.	Resolution: Ökonomische Eigenständigkeit von Frauen – Equal Pay - gegen Minijobs	AsF / Frau Dr. Östreich
7.3.	Kein Niedriglohn	Lübecker Frauen- und Sozialverbände / Frau Lietzke
7.4.	JobCenter – Zweitausbildung / Effektivität von Maßnahmen	Frau Dräger
7.5.	JobCenter - KundInnenfreundlichkeit	Frau Dräger
	PAUSE	
8	ÖPNV / Straßen und Wege	
8.1.	Taktzeiten der Busse	Frauen Eraslan und Uyar
8.2.	Radwege-Verbesserung	Frau Zang
8.3.	"Radfahrweg" über das Holperpflaster auf dem Koberg	Frau Külbel
8.4.	barrierefreier Überweg über die Große Gröpelgrube	Lübecker Frauen- und Sozialverbände / Frau Lietzke
8.5.	Frauentaxi (ermäßigt) abends/ nachts	Frauen Heinrichs und Aepinus
9	Soziales und Wohnen	
9.1.	Nahverkehr (Bus) für Hartz IV Empfänger kostenfrei	Frau Aepinus
9.2.	Kultur = freie Plätze für Hartz IV kostenfrei + kurzfristig	Frau Aepinus
9.3.	Bezahlbarer Wohnraum für Singles – auch barrierefrei	AsF / Frau Dr. Östreich
10	Haushalt	
10.1.	Haushaltskonsolidierung	Frauen Hildebrand, Feix, Wolter, Gerstorf, Wind-Olßen
10.2.	Gender Budgeting	Frau Meins
11	Geschlechtergerechtigkeit	
11.1.	Fehlende Damentoiletten im Theater	Lübecker Frauen- und Sozialverbände / Frau Lietzke und AsF / Frau Dr. Östreich
11.2.	Familienfreundliche Betriebe	Frau Albrecht
	ABSCHLUSSWORTE	
	E N D E	

Regeln für die 1. Frauen-Bürgerschafts-Sitzung - von der Vorbereitungsgruppe (siehe S. 34) erarbeitet

- * Bei Wortmeldungen stellen Sie sich bitte mit Ihrem Namen vor
- * Gegenseitiges Wertschätzen statt gegenseitiges Abwerten
- * Aktives Zuhören einerseits...
- * ...klare, kurze Aussagen andererseits
- * Dialog statt Debatte – zuhören statt polemisieren
- * Vermeiden Sie Wiederholungen – d.h. wenn etwas, was Sie sagen wollten, schon gesagt wurde, muss es von Ihnen nicht noch einmal gesagt werden.

1. Jugendarbeit

TOP 1.1. Raum / Zeit für Mädchen in den Jugendzentren

Eigener Raum bzw. eigene Zeit für Mädchen in den Jugendzentren.

Relevant weil: Mädchen können unter sich bleiben und über Probleme reden, zusammen spielen ohne das Jungs stören und ablenken.

Finanzierung: über ein Spendenfest

Antragstellerinnen: Mädchen aus dem Jugendzentrum „RÖHRE“

Antrag wurde ans Ende der Sitzung verschoben und dann aus zeitlichen Gründen vertagt.

TOP 1.2. Mehr Personal für die Jugendarbeit

Mehr Personal insbesondere in der Offenen (nicht schulisch gebundenen) Jugendarbeit.



P. Schmittner, N. Freyher

Relevant weil: wir dann mehr auf die spezifischen Wünsche eingehen können
Finanzierung: ggf. Stiftungen

Antragstellerinnen: Mädchen aus dem Jugendzentrum RÖHRE

Antrag wurde ans Ende der Sitzung verschoben und dann aus zeitlichen Gründen vertagt.

2. Barriere-Freiheit / Inklusion

TOP 2.1. Barriere-Freiheit



Mehr Barriere-Freiheit, weil: jede Barriere ist eine zu viel. Alles sollte für alle erreichbar / verständlich sein, dann klappt's bestimmt auch gut mit der Inklusion.

Antragstellerinnen: Andrea Fuhr, Inken Kramp, mixed pickles e.V.

Es sprechen dazu: Frau Fuhr, Frau Nölting und Frau Gottschalk

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig dafür

A. Fuhr

TOP 2.2. Integrative Kindertagesbetreuung: Qualität sichern - Transparenz erhöhen

Die Frauen-Bürgerschaft möge beschließen: Die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck wird gebeten, sich für die Einbeziehung der Eltern bei der Qualitätssicherung von Integrationskindergartenplätzen für behinderte und von Behinderung bedrohte Kindern einzusetzen.

Begründung: Bei der Vergabe eines integrativen Kindergartenplatzes findet ein ausführliches Hilfeplangespräch der dafür Verantwortlichen der Stadtverwaltung mit den Eltern statt. Die Gewährung der Eingliederungshilfeleistungen und der Abschluss des Betreuungsvertrages mit der Kindertagesstätte sind für je ein Kindergartenjahr befristet. Gezahlt wird eine pauschalisierte Leistung, mit der alle Kosten der Eingliederungshilfe abgegolten sind. In die weitere Hilfeplanung sind die Eltern nicht in vergleichbarer Weise mit einbezogen. Die Weitergewährung der Leistungen erfolgt jedes Jahr auf der Basis eines Entwicklungsberichtes, der von den Erziehern der Kindertagesstätte abzufassen ist.

Der Bericht dokumentiert den aktuellen Entwicklungsstand des Kindes. Ein direkter Austausch des Leistungsträgers, der verantwortlichen Stelle der Stadtverwaltung, mit den Eltern über die Fördermaßnahmen und die Erreichung der Hilfeplanziele findet nicht statt. Damit fehlt ein relevantes Überprüfungskriterium, ob der Hilfeplan erfüllt wurde.

Die Funktion des Leistungsträgers beschränkt sich einzig auf die Auswertung der Entwicklungsberichte und die Kostenübernahme der Leistungen. Die Qualität der durch die Kindertagesstätten erbrachten Leistung kann auf dieser Datenbasis ohne Rücksprache mit den Eltern nicht in ausreichendem Maße erfasst werden

Ebenso wenig ist eine Verlaufssteuerung von Seiten des Leistungsträgers möglich.

Die Qualität der Förderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder in den Kindertagesstätten ist damit entscheidend von der Engagiertheit, Qualifikation und Informiertheit der KindertagesstättenleiterInnen und ihrer MitarbeiterInnen abhängig.

1. Frauen-Bürgerschaftssitzung Hansestadt Lübeck 7. März 2013

Eine fundierte Fremdevaluation, die die Eltern mit einbezieht, fehlt. Damit die behinderten und von Behinderung bedrohten Kinder tatsächlich von den für sie bereitgestellten Fördermitteln der Eingliederungshilfe zweckentsprechend profitieren, ist es notwendig, die bestehenden Verfahren und Instrumente zur Qualitätssicherung auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen.

Die Eltern sind bei der Überprüfung der Zielerreichung und Wirksamkeit der durch die Kindergärten erbrachten Leistungen von dem Leistungsträger zu befragen.

Denn nur eine individuelle, qualitätsgesicherte frühkindliche Förderung, die alle Beteiligten –Leistungsträger, Leistungserbringer und Erziehungsberechtigte - in einem transparenten Verfahren der Hilfeplanung und -steuerung einschließt, kann die Folgekosten durch rückläufigen Förderbedarf mit Eintritt in die Schule verringern.

Antragstellerin: Cornelia Östreich für die AsF Lübeck

Es spricht dazu: Frau Friedrichsen

Abstimmungsergebnis:

Große Mehrheit dafür, 7 Enthaltungen, keine Gegenstimmen



Lübecker Frauen-Bürgerschaft am 7.3.2013

TOP 2.3. Bericht zur Inklusionspädagogik

Die Hansestadt Lübeck wird aufgefordert, einen *Praxisbericht über Inklusion an Lübecker Schulen unter Beteiligung von SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern* zu erstellen. Im Anschluss daran sollen verschiedene mögliche Handlungsoptionen mit notwendigem Kostenrahmen für eine erfolgreiche Inklusionspädagogik vorgestellt werden.

Antragstellerin: Frauen helfen Frauen e.V.

Es sprechen dazu: Frau Kock, Frau Hildebrand, Frau Östreich

Der ursprüngliche Antrag (nur Grundschulen) wird auf alle Schulen ausgeweitet.

Abstimmungsergebnis:

Große Mehrheit dafür, 12 Enthaltungen, keine Gegenstimmen

3. Unterstützung ehrenamtlicher Frauen

TOP 3.1. Mentoringprogramm für Frauen in der Kommunalpolitik

frauenrelevant, weil: Erfahrungen und Kompetenzen von Frauen aus allen Fraktionen an interessierte Frauen weitergegeben werden können und die sogenannte Ochsentour durch die Gremien, die frau ansonsten durchlaufen müsste, etwas abgekürzt würde.

Finanzierung: kostenneutral / Fördermittel des Landes

Antragstellerin: Stephanie Meins

Es spricht dazu: Frau Meins

Abstimmungsergebnis:

Deutliche Mehrheit dafür, 15 Enthaltungen, 1 Gegenstimme

TOP 3.2. Wohnortnahe Schulungen / Weiterbildungen für ehrenamtlich engagierte Frauen

Die Stadtpräsidentin wird gebeten, regelmäßig Landesmittel zur Förderung ehrenamtlichen Engagements einzuwerben, um jährlich wechselnden Initiativen und Vereinen bzw. Frauen in den Initiativen und Vereinen durch spezielle Schulungen zur Übernahme ehrenamtlicher Tätigkeiten in Vereinen und auch Kommunalpolitik zu ermutigen und zu stärken. Mögliche Themen können sein: Rhetorik, Reden vor der Gruppe, Präsentation; Akquise und Öffentlichkeitsarbeit für ehrenamtlich engagierte Frauen in Vereinen und Initiativen, *Einführung in politische Gremienarbeit*



K. Behrendt

Finanzierung: Landesmittel zur Förderung ehrenamtlichen Engagements

Antragstellerin: Kerstin Behrendt

Es sprechen dazu: Frau Behrendt, Frau Kehl, Frau Hildebrandt

Abstimmungsergebnis: Mehrheit für vorgeschlagene Ergänzungen (kursiv)

Große Mehrheit für erweiterte Fassung, einigen Enthaltungen, 3 Gegenstimmen

TOP 3.3. Zentrale Stelle zur Vermittlung von Ehrenamt

Zentrale Stelle zur Vermittlung von Ehrenamt / *unbezahlter Arbeit*. Koordinierung von freiwilligem Engagement. Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement (e-punkt muss unterstützt werden!). *Dies darf jedoch nicht dazu beitragen, dass ehrenamtliche Arbeit bezahlte Stellen (z.B. Lesekompetenz muss professionell an Schulen vermittelt werden) ersetzt.*

M. Förster



1. Frauen-Bürgerschaftssitzung Hansestadt Lübeck 7. März 2013

Finanzierung: eindeutig kommunale Aufgabe; der volks-wirtschaftliche Nutzen vom Ehrenamt ist besonders in der Kommune spürbar.

Antragstellerinnen: Kerstin Weber-Spethmann, Manja Förster

Es sprechen dazu: Frau Förster, Frau Kock, Frau Feix, Frau Rühmland-Pfeiffer

Ergänzungsantrag: „Eindeutig kommunale Aufgabe“ zu streichen: 37 dafür, 36 dagegen

Ergänzung: unbezahlte Arbeit: 43 dafür, 2 dagegen

Abstimmungsergebnis::

42 Ja-Stimmen zum erweiterten Antrag (Ergänzungen kursiv), bei zahlreichen Enthaltungen und 15 Gegenstimmen



Frau Feix



Die 1. Lübecker Frauen-Bürgerschaft am 7.3.2013 – von oben

4. Frauen in den Gremien

TOP 4.1. Quotierte Redeliste bei allen Bürgerschaftssitzungen

Finanzierung: kostenneutral

Antragstellerin: Stephanie Meins

Es spricht dazu: Frau Meins

Abstimmungsergebnis:

Deutliche Mehrheit dafür, wenige Enthaltungen, 15 Gegenstimmen



St. Meins

TOP 4.2. Ausschüsse und Aufsichtsräte paritätisch besetzen

Die Lübecker Frauen- und Sozialverbände bitten die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck sich dafür einzusetzen, dass *die Ausschüsse und Aufsichtsräte paritätisch besetzt werden.*

Begründung: Die Parteien sollen die Plätze in den Ausschüssen und den Aufsichtsräten der städtischen Gesellschaften im Reißverschlussverfahren an Frau und Mann vergeben. Bereits im Mai 2011 wurde mehrheitlich in der Bürgerschaft beschlossen, dass in den Beiräten, Kommissionen, Ausschüssen, Vorständen und Aufsichtsräten je zur Hälfte Männer und Frauen zu entsenden sind.

Es ist an der Zeit diesen Beschluss umzusetzen.

Frauen sollten nicht parteigebunden in den o. g. Gremien arbeiten müssen, bürgerliche Mitglieder können durch die politische Arbeit den damit verbundenen Gestaltungsspielraum erkennen und sich politisch weiterbilden.

Wichtig sind klar erkennbare Strukturen, kürzere Sitzungszeiten (zwei Stunden) und während der Sitzungen müssen Betreuungsmöglichkeiten für Kinder oder Pflegende geschaffen werden oder Sitzungsgelder für Betreuungsgeld zur Verfügung gestellt werden.

Antragstellerin: Helga Lietzke, Vorsitzende Lübecker Frauen- und Sozialverbände

Es spricht dazu: Frau Lietzke

Abstimmungsergebnis:

Große Mehrheit dafür, 5 Enthaltungen, 2 Gegenstimmen

TOP 4.3. Geschlechterparitätische Besetzung von Ausschüssen der Bürgerschaft und Aufsichtsräten der Hansestadt Lübeck, sowie der Personalvorschläge für die kommunalen Landesverbände

Die Frauen-Bürgerschaft möge beschließen:

Die Lübecker Bürgerschaft wird aufgefordert, ihre Ausschüsse sowie die Aufsichtsräte der städtischen Beteiligungsgesellschaften paritätisch mit Frauen und Männern zu besetzen. Dies gilt auch und insbesondere für die Leitungsfunktionen solcher Gre-

1. Frauen-Bürgerschaftssitzung Hansestadt Lübeck 7. März 2013

mien. Bei städtischen Beteiligungsgesellschaften ohne Aufsichtsrat ist auf eine im Ergebnis geschlechterparitätische Besetzung der Geschäftsführung hinzuwirken. Gleichfalls müssen die Personalvorschläge der Hansestadt Lübeck für die Besetzung der kommunalen Spitzenverbände des Landes (Städtetag, Landkreistag, Gemeindegtag) geschlechterparitätisch zusammengesetzt werden, und sollen die VertreterInnen der Hansestadt angewiesen werden, in diesen Gremien ihrerseits auf Beachtung der Geschlechterparität hinzuwirken.

Begründung: Derzeit weisen die Ausschüsse der Lübecker Bürgerschaft, je nach Aufgabengebiet, entweder eine deutliche Mehrheit an Frauen oder an Männern auf. Eine solche Besetzung verfestigt Geschlechterstereotype auch in der kommunalen Politik und lässt die Fähigkeiten und den Ideenreichtum unserer Gesellschaft nicht hinreichend ausschöpfen! Noch krasser ist das Missverhältnis – hier einseitig zugunsten der Männer – in den Aufsichtsräten, in denen es überdies um finanzielle Vergünstigungen und reale Machtbefugnisse geht. Die Hansestadt Lübeck hat



C. Östreich

sich bereits vor vielen Jahren dem Grundsatz des „Gender Mainstreaming“ verschrieben; als Ergebnis der Landtagswahl vom Mai 2012 kommt noch das Erfordernis des „Gender Budgeting“ hinzu. Eine einseitige Besetzung städtischer Gremien, wie zuvor geschildert, verstößt gegen beide Prinzipien. Doch nützt die Beachtung der Geschlechterparität auf kommunaler Ebene noch wenig, wenn die Interessenvertretungen der Kommunen auf

Landesebene nicht gleichfalls konsequent gegendert sind. Eine geschlechterparitätische Zusammensetzung würde auch auf dieser Ebene für ein Mehr an Demokratie und bessere Beschlüsse sorgen!



Abstimmung / 1. Lübecker Frauen-Bürgerschaft

Antragstellerin: Cornelia Östreich für die AsF

Es sprechen dazu: Frau Östreich, Frau Hildebrand, Frau Molge, Frau Kehl

**Abstimmungsergebnis:
Große Mehrheit dafür, 5 Enthaltungen, 5 Gegenstimmen**

5. Kinderbetreuung

TOP 5.1. Kinderversorgung in Lübeck

Für Kinder mit Behinderungen, die in heilpädagogischen oder Integrativen Kindertagesstätten in Lübeck betreut werden, stehen nicht die gleichen Versorgungsmöglichkeiten zur Verfügung wie für andere Kinder. Die Betreuungsangebote für behinderte Kinder sollten denen nichtbehinderter Kinder angeglichen werden. Z.B. - Auch die Eltern behinderter Kinder müssen arbeiten. In integrativen und heilpädagogischen Kitas wird aber "nur" eine Betreuung von bis zu 6 Stunden finanziert, die häufig nicht ausreicht (Hilfe zur Eingliederung). Die Bürgerschaft soll sich dafür einsetzen, dass passend zum Bedarf der Eltern die Finanzierung der Betreuungszeiten in integrativen und heilpädagogischen Kitas den Zeiten der Erwerbstätigkeit angepasst werden kann. - Für unter-3-jährige Kinder (Krippe) mit Behinderung gibt es derzeit noch keine Betreuungsangebote. Diese sollten von der Hansestadt Lübeck angeboten / entwickelt werden.

Finanzierung: Werbung für städtische Sachen einschränken, LN-Info reicht

Antragstellerin: Frau Zang
Es spricht dazu: Frau Zang

Abstimmungsergebnis:

Sehr große Mehrheit dafür, 3 Enthaltungen, keine Gegenstimme

TOP 5.2. Verbindliche Zusage über einen Krippenplatz



H. Lietzke

Die Lübecker Frauen- und Sozialverbände bitten die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck sich dafür einzusetzen, dass **für Krippen- und Kita-Plätze eine verbindliche Zusage über einen Platz mindestens ein halbes Jahr vorher erfolgt.** Begründung: Die berufstätigen Eltern und die ArbeitgeberInnen müssen nach der Elternzeit verbindlich mittel- und langfristig planen können. Zu prüfen ist deshalb die Einrichtung einer zentralen Anmeldestelle für Kindertagesstätten städtischer, kirchlicher und freier Träger, wo eine frühzeitige - Platzvergabe und -zusage organisiert wird. Somit müssen die Eltern sich nicht gleichzeitig bei allen Kindertagesstätten anmelden, in der Sorge, sonst keinen Platz zu bekommen.

Antragstellerin: Helga Lietzke, Vorsitzende Lübecker Frauen- und Sozialverbände
Es sprechen dazu: Frau Lietzke, Frau Östreich

Abstimmungsergebnis:

Sehr große Mehrheit dafür, wenige Enthaltungen, 2 Gegenstimmen

1. Frauen-Bürgerschaftssitzung Hansestadt Lübeck 7. März 2013

TOP 5.3. Ausbau von Kita und Krippenplätzen

Der Ausbau von Kita und Krippenplätzen ist weiter voranzutreiben. Die frühkindliche Bildung ist für alle Kinder unumgänglich und bedarf gerechter und guter Betreuungsplätze. Das Ausschöpfen der dafür vorgesehener Landesgelder ist daher einzuhalten und auch die Unterstützung der freien Träger zu berücksichtigen.

Antragstellerinnen: Dagmar Hildebrand, Petra Feix, Aneta Wolter, Nil Gerstorff, Ursula Wind-Olßen

Es spricht dazu: Frau Hildebrand



D. Hildebrand

Abstimmungsergebnis:

Große Mehrheit dafür, bei 10 Enthaltungen, ohne Gegenstimme

TOP 5.4. Qualifizierte Ganztagsangebote in Lübecker Förderzentren

Die Frauen-Bürgerschaft möge beschließen:
Die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck wird gebeten, sich für die die Sicherung der Ganztagsangebote in den Lübecker Förderzentren durch fachlich qualifiziertes Personal einzusetzen. Dies kann am besten geschehen, indem konsequent alle Bemühungen unterstützt werden, für Kinder mit besonderen Förderbedarfen eine gebundene Ganztagsbeschulung sicherzustellen.



H. Willeke

Begründung:

Etablierte und gut besuchte Nach-mittagsangebote offener Ganztagschulen in Lübeck wurden zerschlagen, als mit der Bekanntmachung des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft vom 18. Juli 2012 zur „Tätigkeit von Lehrkräften im Ganztags- und Betreuungsbetrieb von Schulen – Genehmigung von Nebentätigkeiten“, die Erteilung von Nebentätigkeitsgenehmigungen für hauptamtliche Lehrkräfte als unzulässig erklärt wurden. Besonders betroffen sind Förderzentren, die auch in den Nachmittagsangeboten für ihre SchülerInnen auf fachlich qualifizierte Betreuung durch PädagogInnen angewiesen sind. Die sich an die Lernzeit anschließenden Arbeitsgemeinschaften der Förderzentren sind in ihrem Schwerpunkt darauf ausgerichtet, die Lernfähigkeit und sozialen Kompetenzen der SchülerInnen zu fördern. Die musischen, technischen und sportlichen Veranstaltungen tragen bei fachlich qualifizierter Betreuung zur Verbesserung der motorischen, kognitiven und sprachlichen Fähigkeiten der SchülerInnen bei und erleichtern es ihnen, den Schulalltag im Pflichtunterricht besser zu bewältigen. Gerade für die SchülerInnen der Förderzentren mit überregionalem Einzugsgebiet bieten die nachmittäglichen Ganztagsangebote die Möglichkeit Kontakte zu MitschülerInnen ihrer Klassen und altersübergreifend zu anderen MitschülerInnen zu pflegen und zu stärken. Gleiches kann durch außerschulische Kurse und Angebote aufgrund der weitgestreuten Wohnorte der SchülerInnen nicht erreicht werden. Die ideale Lösung für solche SchülerInnen bestünde in der Sicherstellung

1. Frauen-Bürgerschaftssitzung Hansestadt Lübeck 7. März 2013

einer gebundenen Ganztagsbeschulung, was gleichzeitig die Betreuung durch hauptamtliche Lehrkräfte gewährleisten würde. Bemühungen der betreffenden Schulen, zu gebundenen Ganztageseinrichtungen zu werden, sind daher seitens der Stadt mit aller Kraft zu unterstützen.

Antragstellerin: Cornelia Östreich für die AsF Lübeck
Es spricht dazu: Frau Willeke

Abstimmungsergebnis:
Große Mehrheit dafür, 12 Enthaltungen, 2 Gegenstimmen

TOP 5.5. Sanierung von Schulen

In der Vergangenheit wurden Investitionen in die Sanierung von Schulen freigestellt, die an anderen Standorten dringender gebraucht wurden. In 2010 wurde in Moisling eine sanierte Schule geschlossen um eine benachbarte sanierungsbedürftige Schule für 2.3 Mio. € Investitionsvolumen zu erhalten. Diese Art von Entscheidungen gilt es in Zukunft zu vermeiden. Gleichwohl sollte geprüft werden, ob durch Umzug und Verkauf des Grundstücks der Stadt erhebliche Kosten erspart bleiben. *Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Entscheidung aus dem Jahr 2010 rückgängig gemacht werden kann.*

Finanzierung: Durch den Verkauf des Grundstücks ca. 2.5 Mio. € zugunsten des Haushaltes. Einstellung der Sanierungsgelder für die Mühlenwegschule ca. 2.3 Mio. € (Haushalt 2013-2016).

Antragstellerinnen: Dagmar Hildebrand, Petra Feix, Aneta Wolter, Nil Gerstorf, Ursula Wind-Olßen



Es sprechen dazu: Frau Hildebrand, Frau Östreich
Erweiterungsantrag zum ursprünglichen Antrag (kursive Ergänzung – s.o.): 56 dafür, 8 dagegen, einige Enthaltungen

Abstimmungsergebnis:
Große Mehrheit dafür, wenige Enthaltungen, 8 Gegenstimmen

Abstimmung / 1. Lübecker Frauen-Bürgerschaft

6. Sicherheit

TOP 6.1. Bessere Straßenbeleuchtung in der Nacht

Relevant weil: in schmalen, schwach beleuchteten Straßen fühlt man sich unsicher
Finanzierung: Spendenfest, Bewohner in den schwach beleuchteten Straßen zahlen alle einen kleinen Teil.

Antragstellerinnen: Mädchen aus dem Jugendzentrum „RÖHRE“
Antrag wurde ans Ende der Sitzung verschoben und dann aus zeitlichen Gründen vertagt.

TOP 6.2. Kunstwerk als Symbol zur Ächtung von Gewalt gegen Frauen

Jede 2. Frau, die getötet wird, wird vom Mann/ Partner getötet, ca. 40 000 Frauen und Kinder fliehen jährlich vor sogenannter Häuslicher Gewalt, Frauen werden immer noch benachteiligt und viele Frauen leisten Unmenschliches, um sich und ihre Söhne und Töchter zu retten.

Lübeck als Stadt der Wissenschaft, der Kultur, der Bildung braucht ein besonderes Augenmerk auf die gesellschaftliche Ächtung von Gewalt: Ein Kunstwerk, das für alle Lübecker und Lübeckerinnen deutlich macht, dass Gewalt in der Familien, mehr noch Gewalt gegen Frauen eine Menschenrechtsverletzung ist und in Lübeck geächtet wird. Ein Kunstwerk kann jederzeit jeden und jede erreichen und erinnert unabhängig von Geschlecht, Alter, Sprache usw. *In der Jury zur Auswahl der Kunstwerke sollen Künstlerinnen, betroffene Frauen und Frauen mit Fachverstand vertreten sein.*

Kunst kann beeindruckend und beeinflussen - nutzen wir sie für Geschlechterdemokratie!



A. Kock

Antragstellerin: Frauen helfen Frauen e.V.

Es sprechen dazu: Frau Kock, Frau Molge

Ergänzungsantrag (kursiv, s.o.) von Frau Molge zur Besetzung der Jury wurde von Frau Kock übernommen.

Abstimmungsergebnis:

Deutliche Mehrheit dafür, 7 Enthaltungen, 7 Gegenstimmen

TOP 6.3. Frauenhäuser Lübeck

Die Frauen-Bürgerschaft möge beschließen: Die Lübecker Bürgerschaft wird aufgefordert, ihre jüngsten Entscheidungen zur Finanzierung der Lübecker Frauenhäuser

1. Frauen-Bürgerschaftssitzung Hansestadt Lübeck 7. März 2013

dahingehend zu revidieren, dass außer der Sicherung von Platzkontingenten auch eine konzeptionelle Weiterentwicklung von Gewaltschutzarbeit möglich ist.

Begründung: Vor dem Hintergrund, dass die derzeitige Landesregierung zuvor vor allem beim Lübecker AWO-Frauenhaus getätigte Kürzungen rückgängig gemacht hat, hat die Bürgerschaft der Hansestadt ihrerseits Mittel aus der Frauenhausförderung zurückgezogen. Für einen effektiven Gewaltschutz bleibt jedoch auch die Kommune gleichermaßen in der Pflicht. Zumindest müssen ausreichend Mittel bereitgestellt werden, um –unter der Voraussetzung entsprechender Evaluation– als notwendig erkannte Weiterentwicklungen und Veränderungen in der Frauenhausarbeit zu gewährleisten.



C. Östreich, U. Friedrichsen, H. Willeke

Antragstellerin: Cornelia Östreich für die AsF Lübeck

Es sprechen dazu: Frau Östreich, Frau Wind-Olßen, Frau Stadthaus-Panissié, Frau A.-Demello, Frau Zunft, Frau Kock

Abstimmungsergebnis:

Deutliche Mehrheit dafür, 7 Enthaltungen, 4 Gegenstimmen

TOP 6.4. Verbesserung der Situation i.d. Lübecker Frauenhäusern



A. Thoms

Welche Möglichkeiten werden seitens der Kommunalpolitik gesehen, die Arbeit der Frauenhäuser ideell oder bei der Drittmittelakquise etc. zu unterstützen? In welcher Form will die Hansestadt Lübeck auf die Landesregierung einwirken, die Zahl der Frauenhausplätze in Lübeck wieder zu erhöhen?

Antragstellerin: Frauen helfen Frauen e.V.

Es spricht dazu: Frau Anja Thom

Abstimmungsergebnis:

Große Mehrheit dafür, wenige Enthaltungen, keine Gegenstimmen

1. Frauen-Bürgerschaftssitzung Hansestadt Lübeck 7. März 2013

TOP 6.5. Mehr Frauenparkplätze

Finanzierung: Werbung für städtische Sachen einschränken, LN-Info reicht

Antragstellerin: Frau Zang

Es spricht dazu: Frau Zang

Abstimmungsergebnis:

Deutliche Mehrheit dafür, 9 Enthaltungen, 7 Gegenstimmen

TOP 6.6. Landesgelder – auch für uns in Lübeck!



Der Bürgermeister wird beauftragt:

1) einen Überblick über regionale Beratungs- und Unterstützungsangebote zu erstellen (S-H, Norddeutschland), die theoretisch auch für die Lübecker Bevölkerung (Frauen) vorgesehen sind

2) zu prüfen, wie die Bekanntheit und Erreichbarkeit dieser Angebote für die Lübecker Bevölkerung verbessert werden kann: z.B.

durch Netzwerkarbeit, durch

I. Gottschalk

Sprechstunden in Kooperation mit unseren lokalen Beratungsstellen etc.

3) entsprechende Schritte zu veranlassen,

4) den oben genannten Überblick entsprechend zu ergänzen und zu veröffentlichen, u.a. auf der Website und durch Mailinglisten.

Relevant weil: spezialisierte Beratungsstellen und Angebote können bei den oben genannten frauenspezifischen Notlagen und Anliegen ggf. präziser und zielführender helfen.

Finanzierung: Landes- bzw. Bundesanteil ist schon da, es fehlt „nur“ eine kommunale Anbindung. Diese könnte durch Netzwerke und Kooperationen erreicht werden, ergänzend evtl. durch Spenden, Stiftungsgeldern etc.

Antragstellerin: Inga Gottschalk, Vorstand Forum für MigrantInnen der Hansestadt Lübeck

Es sprechen dazu: Frau Gottschalk, Frau Friedrichsen

Abstimmungsergebnis:

Große Mehrheit dafür, 3 Enthaltungen, 2 Gegenstimmen

1. Frauen-Bürgerschaftssitzung Hansestadt Lübeck 7. März 2013

TOP 6.7. Beteiligung a.d. Kampagne „Kein Raum für Missbrauch“

Beteiligung der Hansestadt Lübeck an der Kampagne "Kein Raum für Missbrauch" zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt. Die Kampagne wurde Anfang 2013 vom Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Missbrauchs, Herrn Rörig, gestartet und soll für ein halbes Jahr laufen. Sie hat das Ziel, mit Plakaten, Infoflyern, Postkarten, Anstecknadeln u.a. für die Problematik zu sensibilisieren. Interessierte Menschen werden aufgefordert, nachzufragen und mitzumachen, damit Aufklärung erfolgen kann und Hilfen bekannter werden. Die Materialien sind kostenpflichtig zu erwerben.



K. Molge

Relevant weil: Mit der Kampagne könnte auch in Lübeck ein Zeichen gegen sexuellen Missbrauch gesetzt werden. In allen städtischen Einrichtungen, Behörden, in den Schwimmbädern, Schulen, Stadtteil- und Familienzentren sowie Kindergärten könnten die Plakate hängen und wichtiges vermitteln: 1. in unserer Einrichtung ist sexuelle Gewalt geächtet und wir setzen uns ein für den Schutz von Kindern und Jugendlichen. 2. wir wollen uns dem Thema stellen und setzen uns damit auseinander. 3. wir sind offen für Fragen und können auf Hilfeeinrichtungen in Lübeck verweisen.

Antragstellerin: Frauennotruf Lübeck

Da die Antragstellerin erkrankt ist, spricht dazu Frau Molge

Abstimmungsergebnis:

Große Mehrheit dafür, bei 5 Enthaltungen und 2 Gegenstimmen



Abstimmung / 1. Lübecker Frauen-Bürgerschaft

7. Frauenerwerbsarbeit

Aus zeitlichen und inhaltlichen Gründen wurden die TOPS 7.1. und 7.3. zusammen behandelt, dann aber getrennt abgestimmt.

TOP 7.1 Keine Zeitarbeit und Minijobs in der Stadtverwaltung und in den Gesellschaften



Die Lübecker Frauen- und Sozialverbände bitten die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck sich dafür einzusetzen, dass in den städtischen Verwaltungen und Gesellschaften keine Zeitarbeit und geringfügige Beschäftigung (Minijobs) möglich ist. *Auch wenn Arbeitsbereiche ausgegliedert werden, ist diese Forderung bei der Vergabe an Firmen bzw. andere Träger verbindlich mit diesen Vertragspartnern zu vereinbaren.*

H. Lietzke

Begründung: Die Hansestadt Lübeck als Arbeitgeberin hat eine Vorbildfunktion und darf sich nicht auf Kosten der Beschäftigten schlank rechnen. Zudem belasten nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen die Kommunen langfristig, da die so Beschäftigten nicht die Möglichkeit haben, eine existenzsichernde Alterssicherung zu erwirtschaften. Altersarmut ist vorprogrammiert. Und die Kosten für Unterkunft und Grundsicherung werden von der Kommune an die BürgerInnen zu leisten sein.

Antragstellerin: Helga Lietzke, Vorsitzende Lübecker Frauen- und Sozialverbände

Es sprechen dazu: Frau Lietzke, Frau Friedrichsen

Ergänzungsantrag (kursiv, s.o.) wird von Antragstellerin übernommen

Abstimmungsergebnis:

Deutliche Mehrheit dafür, 4 Enthaltungen, 4 Gegenstimmen

TOP 7.2. Resolution: ökonomische Eigenständigkeit von Frauen – Equal Pay - gegen Minijobs

Die Frauen-Bürgerschaftssitzung möge folgende Resolution verabschieden:

Die Hansestadt Lübeck wird aufgefordert, konsequent für die Verbesserung der Stellung der Frauen in Familie, Berufs- und Arbeitswelt, Politik und Gesellschaft einzutreten. In diesem Prozess spielt die ökonomische Eigenständigkeit von Frauen eine zentrale Rolle.

Ökonomische Eigenständigkeit setzt eine Abkehr vom (weiblichen) Hinzuverdienermodell, welches das (männliche) Haupteinkommen ergänzt, voraus. Derartige überkommene Lebensentwürfe werden noch durch allzu viele Normen, Regeln und auch Gesetze gestützt, welche sich insbesondere auf das Erwerbs-, Familien- und Privatleben von Frauen dahingehend auswirken, ihre Abhängigkeit in der Ehe und Partnerschaft bzw. Bedarfsgemeinschaft zu verfestigen.

1. Frauen-Bürgerschaftssitzung Hansestadt Lübeck 7. März 2013

Hierzu gehört die fortbestehende Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern, die sich keineswegs allein durch unterbrochene Erwerbsverläufe wegen Kindererziehung oder Pflege, vermehrte Teilzeittätigkeit aus familiären Gründen oder geschlechtsspezifische Berufswahl erklären lässt. Doch selbst diese Aspekte des „Gender Pay Gap“ sind nicht ohne weiteres hinzunehmen – betreffen und benachteiligen sie doch systematisch und ausschließlich weibliche Arbeitnehmer!

Hierzu gehört auch die Besorgnis erregende Entwicklung der „geringfügig entlohnten Beschäftigung“ (Minijob), welche in der Praxis ganz überwiegend von Frauen wahrgenommen werden – mit dem Resultat, ihre beruflichen Chancen zu blockieren oder gar zu zerstören, ihre soziale Sicherung jetzt und in Zukunft auszuhöhlen (Stichwort Altersarmut) und ihnen einen Großteil der in unserer Gesellschaft etablierten ArbeitnehmerInnenrechte von Anbeginn vorzuenthalten (Interessenvertretung, Arbeitsschutz etc.)

Letztendlich wird durch die berufliche Benachteiligung und mangelnde Absicherung von Frauen der Sozialstaat als Ganzes ausgehöhlt, indem Beiträge, Steuern und persönliche Entwicklungsmöglichkeiten in großem Stile verloren gehen.

Dem entgegenzuwirken, ist nicht allein Aufgabe des Gesetzgebers auf Bundesebene, sondern auch jeder einzelnen Kommune – sieht sich doch die Kommune als erstes mit den Folgen verfehlter Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und versäumter Gleichstellung konfrontiert. Daher muss

die Hansestadt Lübeck im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles unternehmen, um solche Fehlentwicklungen gerade zu rücken und ihren Bürgerinnen gleiche Chancen mit den Bürgern zu garantieren.

Über konkret sich hieraus ergebende Maßnahmen würden wir gerne im Rahmen der Frauen-Bürgerschaftssitzung diskutieren – schließlich geht es um konkrete Schritte innerhalb der Hansestadt Lübeck selbst!

Der erste Abschnitt der Resolution lehnt sich an Formulierungen des überparteilichen Deutschen Frauenrates an.

Antragstellerin: Cornelia Östreich für die AsF Lübeck

Es spricht dazu: Frau Metzner

Abstimmungsergebnis:

Deutliche Mehrheit dafür, 6 Enthaltungen, keine Gegenstimmen



C. Östreich

TOP 7.3. Kein Niedriglohn

Die Lübecker Frauen- und Sozialverbände bitten die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck sich dafür einzusetzen, dass *die Hansestadt Lübeck nicht Arbeitsplätze mit der Zielsetzung, die ArbeitnehmerInnen in die niedrigste Entgeltstufe E1 zu drängen, umstrukturiert und umorganisiert.*

Begründung: Gerade die Frauenarbeitsplätze wie der Reinigungsdienst und / oder Arbeitsplätze im Küchenbereich der städtischen Alten- und Pflegeheimen sollen so kostengünstig wie möglich entlohnt werden und verdienen dann so schlecht, dass die

1. Frauen-Bürgerschaftssitzung Hansestadt Lübeck 7. März 2013

Frauen in die Altersarmut getrieben werden. Das ist unverantwortlich und nicht zukunftsorientiert.

Antragstellerin: Helga Lietzke, Vorsitzende Lübecker Frauen- und Sozialverbände
Es spricht dazu: Frau Lietzke

Abstimmungsergebnis:
Große Mehrheit dafür, 5 Enthaltungen, 3 Gegenstimmen

TOP 7.4. Finanzierung einer zweiten Ausbildung durch das JobCenter und Fortbildungsmaßnahmen des JobCenters



Die Stadt möge sich gegenüber dem JobCenter dafür einsetzen, dass bei Arbeitslosengeld-II-BezieherInnen eine zweite Ausbildung vorrangig auf gleichem Niveau ermöglicht wird, sofern die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Insbesondere soll dies im Vergleich zur Effektivität von anderen Fortbildungsmaßnahmen des JobCenters geprüft werden.

Gründe:

a) Es geht um langfristige Ziele, d.h. auch um langfristiges inneres Engagement im Beruf. Dies funktioniert nur, wenn keine innere Kündigung erfolgt aufgrund von Unterforderung. Ich halte es für unproduktiv und Ressourcen vergeudend, eine 2. Ausbildung nur unterhalb des 1. Ausbildungsniveaus zu ermöglichen. Das bringt die LeistungsempfängerInnen und den Zweck der Leistung nicht in Übereinstimmung.

b) Die von mir wahrgenommenen Maßnahmen des JobCenters waren nicht maßgeschneidert und haben für die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt nichts gebracht. Im Gespräch mit anderen TeilnehmerInnen der Maßnahmen teilten viele diese Auffassung und was ich aus den Gesprächen mit potentiellen neuen Arbeitgebern herausgehört habe, so gab es bezüglich des qualifiziert Seins doch Zweifel. Es ist eben auch nicht nachvollziehbar, dass eine 1/2 Jährige Fortbildung einen 3-Jährigen Ausbildungsberuf ersetzt... das kann qualitativ nicht das Gleiche sein!

Von daher wären meines Erachtens die verwendeten Mittel besser eingesetzt worden, wenn sie gleich für eine adäquate zweite Ausbildung genutzt worden wären.

Antragstellerin: Susanne Dräger
Es sprechen dazu: Frau Dräger, Frau Friedrichsen

Die Stadtpräsidentin weist darauf hin, dass das Thema ebenso wie der Antrag zu 7.5 sicherlich von den Fraktionen und / der Gleichstellungsbeauftragten im Beirat des JobCenters aufgegriffen werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheit dafür, wenige Enthaltungen, 4 Gegenstimmen

1. Frauen-Bürgerschaftssitzung Hansestadt Lübeck 7. März 2013

TOP 7.5. KundInnenfreundlichkeit JobCenter

Das JobCenter wird aufgefordert, kundInnenfreundlicher zu werden:

a) Unterlassung von Unterstellungen in den Anschreiben

In den Schreiben an die sog. „KundInnen“ sollte nicht mit vorformulierten Textbausteinen Kooperationsverweigerung unterstellt werden. Z.B. werden beim ersten Anschreiben und der ersten Einladung Kürzungen des Leistungsbezuges angedroht, sofern man unbegründet fernbleibt, bzw. die Forderung nicht erfüllt. Da komme ich mir neben der verletzenden Unterstellung auch noch als „Leibeigene“ des Systems



vor.

b) ein direkter telefonischer Zugang zu den persönlichen SachbearbeiterInnen sollte zu festgelegten Zeiten - täglich an mind. 2 Stunden - möglich sein (zusätzlich zum CallCenter). Der indirekte Kontakt zur Sachbearbeitung über das Call-Center verhindert systematisch schnell zu treffende Entscheidungen und kurze Absprachewege.

Abstimmung / 1. Lübecker Frauen-Bürgerschaft

Antragstellerin: Susanne Dräger

Es spricht dazu: Frau Dräger

Abstimmungsergebnis:

Sehr deutliche Mehrheit dafür, 10 Enthaltungen, 1 Gegenstimme

8. ÖPNV / Straßen und Wege

Die Punkte 8.1., 9.1. und 9.2. wurden aus Zeitgründen zusammen vorgetragen, dann aber einzeln abgestimmt.

TOP 8.1. Taktzeiten der Busse / ÖPNV, Linie 7 und 15



M. Aepinus

Die Gemeinde (Alevitische Gemeinde) befindet sich Hinter den Kirschkatzen 14. Sehr oft treffen wir uns dort zu Veranstaltungen etc. Leider wird den Frauen durch die schlechte Busverbindung der Weg dorthin und nach Hause erschwert. Wir würden uns sehr freuen, wenn die Gemeinde bzw. der Weg nach Hause am Wochenende leichter zu bewältigen ist, indem wenigstens einmal die Stunde auch am Abend die Buslinie 7 bzw. die 15 fahren würde.

Antragstellerinnen: Saliha Eraslan / Frau Uyar

Es sprechen zu 8.1., 9.1. und 9.2.: Frau Aepinus, Frau Molge, Frau Lehmann, Frau Zunft, Frau Gottschalk und weitere Frauen

Abstimmungsergebnis:

Deutliche Mehrheit dafür, wenige Enthaltungen, 5 Gegenstimmen

TOP 8.2. Radwege-Verbesserung

Finanzierung: Werbung für städtische Sachen einschränken, LN-Info reicht

Antragstellerin: Frau Zang

Es spricht dazu: Frau Zang

Abstimmungsergebnis:

Deutliche Mehrheit dafür, einige Enthaltungen, 2 Gegenstimmen

TOP 8.3. "Radfahrweg" über das Holperpflaster auf dem Koberg

Relevant, weil: Gehirnerschütterung droht

Finanzierung: durch die Stadt

Antragstellerin: Dorata Külbel

Es spricht dazu: Frau Külbel

Abstimmungsergebnis:

Deutliche Mehrheit, wenige Enthaltungen, 6 Gegenstimmen

1. Frauen-Bürgerschaftssitzung Hansestadt Lübeck 7. März 2013

TOP 8.4. barrierefreier Überweg über die Große Gröpelgrube

Die Lübecker Frauen- und Sozialverbände bitten die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck sich dafür einzusetzen, dass ein barrierefreier Überweg vom Heiligen-Geist-Hospital über die Große Gröpelgrube geschaffen wird.

Begründung: BewohnerInnen des Heiligen-Geist-Hospitals und SeniorInnen haben als Behinderte mit einem Rollstuhl oder Gehwagen große Schwierigkeiten, die Bordsteinkante und das Kopfsteinpflaster allein zu bewältigen. Vielfach müssen Ältere und Behinderte um Hilfe bitten, damit sie über die Kopfsteinpflasterstraße zum Einkaufen fahren können. Besonders gefährlich wird es für die SeniorInnen bei Regen und Glätte.

Antragstellerin: Helga Lietzke, Vorsitzende Lübecker Frauen- und Sozialverbände
Es spricht dazu: Frau Kornemann

Abstimmungsergebnis:

Große Mehrheit dafür, 1 Enthaltung, keine Gegenstimme

TOP 8.5. Frauentaxi (ermäßigt) abends/ nachts

Zu den Zeiten, wo keine oder seit der Busreform nur noch wenige Busse fahren – v.a. für ältere und alleinstehende Frauen.

Relevant weil: Beim Umstieg an den Haltestellen die langen Wartezeiten besonders für Frauen unangenehm und / oder gefährlich sind (unangenehmer Atmosphäre/Belästigung u.ä.)

Antragstellerin: Birke Heinrichs

Ähnliche Anträge dazu kamen unabhängig voneinander von mehreren Frauen und wurden für die Frauen-Bürgerschaft in Absprache mit den Antragstellerinnen zusammengefasst.

Es sprechen dazu: siehe TOP 8.1.

Abstimmungsergebnis:

Deutliche Mehrheit dafür, einige Enthaltungen, 11 Gegenstimmen

9. Soziales und Wohnen

TOP 9.1. Nahverkehr (Bus) für Hartz IV EmpfängerInnen *und Einkommensschwache* kostenfrei

Antragstellerin: Michaela Aepinus

Es spricht dazu: Frau Aepinus, die selbst um kursiv gedruckte Formulierung ergänzt. Ein zweiter, ähnlicher Antrag des Frauennotrufs wurde in diesen Antrag integriert.

Abstimmungsergebnis:

32 dafür, viele Enthaltungen, 24 Gegenstimmen

TOP 9.2. Kultur = freie Plätze für Hartz IV-EmpfängerInnen *und Menschen mit geringem Einkommen* kostenfrei + kurzfristig

Relevant weil: Mehr Möglichkeiten, Sozialkontakte zu knüpfen = große Chance einen Job zu finden

Finanzierung: Sponsoringpartner suchen, Possehlstiftung, Drägerwerk etc., komme aus Vertrieb, stehe dafür ehrenamtlich bereit!

Antragstellerin: Michaela Aepinus

Es sprechen dazu: siehe TOP 8.1., Ergänzung (*kursiv*) wird von Frau Aepinius übernommen



Frau Zunft

Abstimmungsergebnis:

42 dafür, viele Enthaltungen, 14 Gegenstimmen

TOP 9.3. Bezahlbarer Wohnraum für Singles – auch barrierefrei

Die Frauen-Bürgerschaft möge folgenden Berichtsauftrag an die Hansestadt Lübeck beschließen:

Die Anfragen zum Bericht lauten:

1. Wie wird dem Umstand Rechnung getragen, dass in der Hansestadt Lübeck vermehrt kleine Wohnungen für Singles nachgefragt werden?
2. Wie begegnet die Kommune der vermehrten Nachfrage von kleineren Wohneinheiten für Studierende?
3. Wie steigern wir in Lübeck die Anzahl von barrierefreien Wohnungen für Menschen mit Behinderungen und für in der Mobilität eingeschränkte ältere MitbürgerInnen?

Die Verwaltung möge berichten, welche Maßnahmen in welchem Umfang angedacht, in der Abstimmung bzw. vor der Umsetzung stehen.

Antragstellerin: Cornelia Östreich für die AsF Lübeck

1. Frauen-Bürgerschaftssitzung Hansestadt Lübeck 7. März 2013

Es spricht dazu: Frau Friedrichsen, die ergänzt, das sie zwischenzeitlich in Erfahrung gebracht habe, dass die Verwaltung z.Zt. einen solchen Bericht erstelle

Abstimmungsergebnis:

Deutliche Mehrheit dafür, einige Enthaltungen, keine Gegenstimmen

Die Frauenbürgerschaft konnte in ihrer 1. Sitzung am 7. März 2013 aufgrund der zeitlichen Begrenzung auf drei Stunden die Anträge ab TOP 10.1. nicht mehr behandeln.

10. Haushalt der Hansestadt Lübeck

TOP 10.1. Haushaltskonsolidierung

Die Teilnahme Lübecks am Konsolidierungsfond des Landes Schleswig Holstein ist dringend notwendig. Die Verschuldung der Hansestadt Lübeck liegt derzeit bei ca. 1.300.000.000.-€. Dieser hohe Schuldenberg ist ohne die Hilfe des Landes nicht zu überwinden. Wir müssen ohne Tabus daran arbeiten und Einsparungen einleiten. z.B. -eine effizientere Aufstellung der Verwaltung an weniger Standorten, den Einsatz von Internetangeboten, den Abbau von Personal durch demografischen Wandel

Antragstellerinnen: Dagmar Hildebrand, Petra Feix, Aneta Wolter, Nil Gerstorf, Ursula Wind-Olßen

TOP 10.2. Gender-Budgeting im Lübecker Haushalt

Finanzierung: trägt sich ein entsprechendes Programm durch die dadurch zu erzielenden Einsparungen selbst

Antragstellerin: Stephanie Meins

Geschlechtergerechtigkeit

TOP 11.1. Fehlende Damentoiletten im Theater

Die Lübecker Frauen- und Sozialverbände bitten die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck sich dafür einzusetzen, dass das unzureichende Angebot an Damen-Toiletten im Theater Lübeck durch bauliche Erweiterungsmaßnahmen verbessert wird.

Begründung: Im Theater Lübeck befinden sich in den Damen-Toilettenanlagen so wenig Kabinen, dass der Andrang der Besucherinnen in den Pausen und nach Ende der Vorstellungen zu langen Warteschlangen führt, die bis in den Garderobenbereich und in die Flure hineinragen.

Dieser Zustand ist für die Theaterbesucherinnen unzumutbar, da der Persönlichkeitsschutz unterlaufen wird und auf die Bedürfnisse älterer und gesundheitlich eingeschränkter Frauen keine Rücksicht genommen wird, ebenso wenig auf auswärtige Besucherinnen und solche, die auch innerhalb Lübecks längere Anfahrtswege haben.

1. Frauen-Bürgerschaftssitzung Hansestadt Lübeck 7. März 2013

Antragstellerin: Helga Lietzke, Vorsitzende Lübecker Frauen- und Sozialverbände

Die ASF unterstützt den Antrag der Lübecker Frauenverbände, das Angebot an Damen-Toiletten im Lübecker Theater durch bauliche Erweiterungsmaßnahmen zu verbessern.

Antragstellerin: Cornelia Östreich für die AsF Lübeck

TOP 11.2. Auszeichnung familienfreundlicher Betriebe

Die Frauen-Bürgerschaft möge beschließen, den Bürgermeister zu beauftragen, besonders "frauen-/familienfreundliche Betriebe" der Hansestadt Lübeck auszuzeichnen.

Antragstellerin: Gudrun Albrecht

Impressionen aus der Pause der Frauen-Bürgerschaft a, 7.3.2013: Frauen im Gespräch über Kommunalpolitik



Weitere am 7.3.2013 nicht behandelte Ideen und Anträge von Frauen und Mädchen

...weil die Antragstellerinnen die Anträge am 7.3.2013 selbst nicht vertreten / da sein konnten:

- ✿ Mehr familienfreundliche Jobangebote für Frauen (vor allem Alleinerziehende) mit kleinen Kindern, Frau Aleixo
- ✿ Unterstützung Alleinerziehender - Wege Kinder zu Kita / Schule, Frau Aleixo
- ✿ Kinderbetreuung in Randzeiten, Frau Aleixo
- ✿ Arbeitszeitkonten – Frau Güldenzoph
- ✿ Freizeitangebote Seniorinnen – Frauen von mixed pickles e.V. / Frau Kramp
- ✿ Erneuerbare Energien – Frau Meyer
- ✿ Mehr Geld für Frauen mit Behinderungen, die in Werkstätten arbeiten, Frauen von mixed pickles e.V.
- ✿ Niedrigschwelliges Mädchen-Parlament, Mädchen von mixed pickles e.V.

...aus Zeitmangel / Einzelthemen:

- ✿ Würdigung Geibel – Lübecker Frauen- und Sozialverbände
- ✿ Online-Archiv Völkerkundesammlung – Lübecker Frauen- und Sozialverbände
- ✿ Exponate Völkerkunde – Lübecker Frauen- und Sozialverbände
- ✿ Begrünung / Mehr Pflanzen in der Innenstadt – Mädchen aus dem Jugendzentrum „Röhre“
- ✿ Wakenitzverkrautung – Frau Hildebrand u.a.
- ✿ Anonymisierte Bewerbungsverfahren – AsF
- ✿ Internetseite Hansestadt Lübeck – AsF
- ✿ Stadtplanung/ Unternehmerinnen – Frau Waschek
- ✿ Rücksicht auf Frauen mit Kinderwagen, Mädchen aus dem Jugendzentrum „Röhre“
- ✿ Auswirkungen der Problematik privater Krankenversicherungen in der Kommune - AsF

... weil von Antragstellerinnen zurückgezogen:

- ✿ EU-Gelder für Lübeck nutzen, Frau Gottschalk
- ✿ Kinderstube in der Innenstadt, Frau Külbel
- ✿ Kostenfreie Familienplanung / Verhütung für bedürftige Frauen, Frau Mentz / Frau Lenz
- ✿ Geschlechtergerechte Jugendarbeit, AsF

... weil zu spät eingereicht:

- ✿ Freizeit-Angebot für ältere Frauen (Rock' n Roll für Oldie-Frauen) – Frau Rühmland-Pfeiffer
- ✿ Freizeit- und Bildungs-Zentrum für Frauen „Frauen-Basar-Cafe-Center“ (auch Migrantinnen), Frau Hotzel
- ✿ EinwohnerInnen-Fragen bei Ausschüssen und in Bürgerschaft ohne Anmeldung, Frau Kehl
- ✿ Mehr Teilzeit-Ausbildungen bei der Stadt Lübeck, Frau Wieczorek
- ✿ Kein Abriss auf nördlicher Wallhalbinsel vor Bürgerbegehren, Frau Göhler

1. Frauen-Bürgerschaftssitzung Hansestadt Lübeck 7. März 2013

Eindrücke und Rückmeldungen zur 1. Frauen-Bürgerschaftssitzung am 7.3.2013

„Die Frauen-Bürgerschaftssitzung war rundherum gelungen. Die Anträge sehr gut ausgewählt und die Sitzung ebenso gut vorbereitet. Vielleicht sollte bei einer nächsten Frauenbürgerschaft die finanzielle Situation unserer Stadt mit einbezogen werden. Danke für diese Veranstaltung. Ich freue mich auf die hoffentlich nächste Frauen-Bürgerschaftssitzung.“ *M.K.*

„Für den gelungen gestrigen Nachmittag möchte ich mich bei Ihnen und Ihrem Team herzlich bedanken. Es hat sehr viel Spaß und Lust auf mehr gemacht. In kurzen Gesprächen nach der Sitzung wurde deutlich, das alle Interesse an einer Gesprächsrunde hätten.“ *M.P.*

„Ich fand die Atmosphäre bei der Frauen-Bürgerschaft und die Vorbereitungstreffen mit Austausch der Frauen untereinander sehr gut.“ *S.A.*

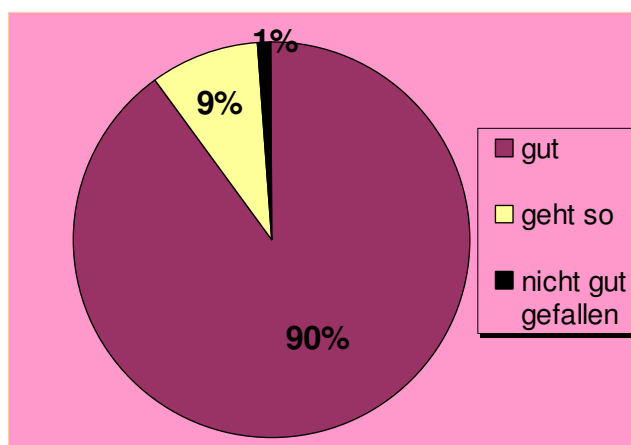
„Bei uns im wunderschönen Rathaus hoffe ich auf eine ebenso wunderbare Beratungskultur wie bei der Frauen-Bürgerschaftssitzung und sehe es als Hauptbeitrag von uns Frauen, diese zu fördern. Der Geist der Zusammenarbeit, des Dialogs sollte über allem stehen.“ *H. M.*

„Die Idee war toll, die Vorbereitungen - inklusive Rhetorikkurs - wirklich prima. Der gestrige Tag gut und professionell geplant. Vielen herzlichen Dank dafür! Leider war die Zeit viel zu kurz. Einzelne Punkte hätte ich persönlich gerne ausführlicher diskutiert, den Hintergrund und die Folgen beleuchtet. Vielleicht bei der 2. Bürgerschaftssitzung?“ *U.F.*

„So kann Bürgerschaft also auch gehen. Konzentriert auf die Sache, unaufgeregt im Ton, gelegentlich auch kontrovers, aber nie persönlich und das alles ohne störende Nebengeräusche: die 1. Frauen-Bürgerschaft im Rathaus hat es der regulären, männlich dominierten Stadtvertretung in dieser Woche gezeigt (...) ...Anstoß, das Hohe Haus gründlich zu reformieren. (...) Struktur statt Chaos – das würde die Chance erhöhen, neue Köpfe für die Bürgerschaft zu gewinnen. Gern auch viele Frauen.“

Lübecker Nachrichten, 9. März 2013

Wie den Frauen die Frauen-Bürgerschaft am 7.3.2013 gefallen hat:



1. Frauen-Bürgerschaftssitzung Hansestadt Lübeck 7. März 2013

Anregungen von Frauen und Mädchen zur Kommunalpolitik - Wünsche zur Beteiligung von Frauen

Thematisch

- ☀ Mehr Chancen für Alleinerziehende auf dem Arbeitsmarkt
- ☀ Mobbing in der Schule und am Arbeitsplatz
- ☀ Familienfreundliche Betriebe - verständnisvollere Chefs
- ☀ nicht „nur“ frauenpolitische Themen behandeln

Organisation

- ☀ Wiederholung!
- ☀ Bitte zweimal jährlich mindestens bis wir 50% Frauen-Anteil haben überall!
- ☀ mehr Jugendliche sollten dabei sein und mehr Frauen, die anderswo her kommen
- ☀ Diskussionsrunden zu unterschiedlichen Themen
- ☀ Themenrunde für Frauen – monatlich – zweimonatlich – ¼-jährlich ?
- ☀ Gesprächsrunde für finanziell schwach gestellte Frauen
- ☀ 1- Tages-Veranstaltung am Wochenende
- ☀ Forum/Konvent, d.h. Austausch von Frauen und Mädchen in kleinen Gesprächsrunden; Ergebnisse im „Plenum“ zusammentragen. Dabei könnten Frauen und Mädchen, die nicht selbst sprechen können / wollen, ihre Ideen besser mit einbringen
- ☀ Für Frauen und Mädchen, die nicht selbst sprechen können / wollen, Frauen und Mädchen finden, die das Thema „übernehmen“/ vortragen oder die Stadtpräsidentin „verliert“ (ähnlich wie bei EinwohnerInnenversammlungen)
- ☀ Auch „anonyme“ Anträge ermöglichen – überlegen, wie das gehen kann
- ☀ Thematische Frauen-Runden in den Stadtteilen
- ☀ Umsetzung evaluieren
- ☀ fraktionsübergreifende Treffen der weiblichen Bürgerschafts-Mitglieder, um gemeinsame Strategien für Frauen zu entwickeln
- ☀ Fortbildungsangebote für Frauen: Körpersprache / + Diskutieren – Fair und gut / Wie funktioniert die Bürgerschaft?
- ☀ Debattier-Club



1. Frauen-Bürgerschaftssitzung Hansestadt Lübeck 7. März 2013

Die Vorbereitungsgruppe



Gudrun Albrecht, Stefanie Albrecht, Illa Schülke-Becker, Susanne Carstensen, Dorata Külbel, Eveline Liedtke, Heidi Mühlischlegel, Brigitte Milbrod, Annegret Olgaard, Edith Pruß, Omthong Samainkone, Elke Sasse, Angelika Schellin, Petra Schmittner, Birte Stöter, Gabriele Ullrich, Britta Winkler

1. Frauen-Bürgerschaftssitzung Hansestadt Lübeck 7. März 2013

Wie geht es weiter?

Auch nach der 1. Frauen-Bürgerschaft in Lübeck wollen wir Frauen und Mädchen ermutigen, mit ihren Themen, Interessen und ihrem Wissen – mehr als bisher – Kommunalpolitik in Lübeck mit zu gestalten.

Diese Dokumentation der 1. Frauen-Bürgerschaft in Lübeck wird an die Fraktionen und Wählergemeinschaften in Lübeck übergeben, die Ideen daraus übernehmen und voran bringen können.

Jede einzelne von uns und Ihnen kann mit der Dokumentation die in der Frauen-Bürgerschaft eingebrachten Themen und abgestimmten Anträge im Vorfeld der Kommunalwahl in verschiedene Veranstaltungen einbringen.

Am Tag der Kommunalwahl, am 26. Mai 2013, wollen wir uns mit Frauen im Rathaus treffen, gemeinsam den Ausgang der Wahl verfolgen – und den künftigen Bürgerschafts-Mitgliedern die Anliegen der Frauen und Mädchen aus der 1. Frauen-Bürgerschaft „mit auf den Weg“ in ihre neue Amtszeit geben

Wie genau es danach weiter geht, ist noch offen. Gemeinsam mit der Vorbereitungsgruppe diskutieren wir z.B. thematische Runden mit Frauen und Mädchen in den Stadtteilen, aber auch, Frauen praktisch in die Kommunalpolitik einzuführen durch Themenabende ebenso wie konkrete Fortbildungsangebote.

Soviel steht fest: Die Resonanz auf die 1. Frauen-Bürgerschaft war überwältigend. Die Erfahrung, mit bestimmten Themen und Anliegen nicht „allein“ zu sein, hat Frauen und Mädchen ermutigt. Der neue Selbstblick einzelner Frauen, dass sie –manchmal entgegen eigener Erwartungen- gut, lustvoll und mit Witz auch vor einem großen Publikum sprechen können, hat Spaß und Lust auf „mehr“ Informationen und Beteiligung gemacht.

Und diese Rückmeldung und Resonanz ermutigt uns, die Beteiligung von Frauen in der Kommunalpolitik in Lübeck auf vielfältige Art und Weise –gern auch mit weiteren Ideen und konkreter Beteiligung von Ihnen- weiterzuentwickeln!

1. Frauen-Bürgerschaftssitzung Hansestadt Lübeck 7. März 2013

